

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Stadtrates und der Beschlussfähigkeit

Der Stadtratsvorsitzende Herr Freiwald eröffnet die Sitzung. Es wird festgestellt, dass alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind. Es sind 36 Mitglieder anwesend. Es besteht Beschlussfähigkeit.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Damit ist die Tagesordnung festgestellt.

3. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

4. Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung des Stadtrates

Einwendungen gegen die Niederschrift wurden nicht erhoben. Die Niederschrift der Sitzung vom 10.12.2020 wurde mit 3 Enthaltungen angenommen.

Herr Klitzschmüller bittet darum die Beratung zu einem zentralen Feuerwerk mit einem Termin zu versehen.

Die Beratung wird für September 2021 vorgemerkt.

5. Bericht des Oberbürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse, ggf. über wichtige Stadtangelegenheiten und Dringlichkeitsentscheidungen

(ab jetzt anwesend Hr. Dr. Homagk – 37 Stadträte)

Digitale Gremienarbeit

Herr Risch bedankt sich, dass die Stadträte trotz der Pandemielage zahlreich erschienen sind. Die bisherigen gesetzlichen Rahmenbedingungen zur digitalen Gremienarbeit sind schwer umsetzbar. Derzeit ist ein Gesetzgebungsverfahren zur Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes auf den Weg gebracht. Schwerpunkte der Änderung sind Zulässigkeit von Hybridsitzungen, vereinfachte Mehrheiten für schriftliche Umlaufverfahren, Übertragung der Videokonferenz im Internet als Beteiligung der Öffentlichkeit und die Befähigung des Ortsbürgermeisters zur Anhörung anstelle des Ortschaftsrates. Mit Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes wird die Geschäftsordnung des Stadtrates angepasst.

Winterdienst

Der Neuschnee in Verbindung mit Sturmböen stellte Weißenfels vor wenigen Tagen vor eine Ausnahmesituation. Herr Risch richtet seinen Dank an alle Kollegen, Ortsbürgermeister, Unternehmen und Privatpersonen, welche bei der Räumung der Schneemassen geholfen haben.

Hochwasser

Um für eine Notsituation gewappnet zu sein, findet in den kommenden Tagen eine Beratung mit den Ortsbürgermeistern statt. Dabei wird auf die bestehenden Informationsketten und Erfahrungen eingegangen.

Pandemiesituation

Der Burgenlandkreis erreicht am heutigen Tag eine Inzidenz von 228,69. Weißenfels liegt deut-

lich darunter. Die Firma Tönnies testet regelmäßig und hatte in den vergangenen 14 Tagen keine Feststellung von Neuinfektionen. Bei den letzten Test in der vergangenen Wochen konnten zwei Personen festgestellt und die Quarantäne angeordnet werden.

Die Stadtverwaltung ist im Home-Office oder Schichtbetrieb unterwegs um das Zusammentreffen der Kollegen zu minimieren.

Für die Kindertageseinrichtungen stehen ab kommender Woche Schnelltest zur Verfügung, welche zweimal wöchentlich zur Anwendung kommen.

Auf dem Markt in Naumburg werden derzeit kostenlose Schnelltests für alle Bürger angeboten. Dieses Angebot sollte auch in Weißenfels organisiert werden.

Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Die Sanierung der Pfennigbrücke steht mit ca. 400T€ in diesem Jahr an. Die Planung hierfür stellt einen Vorgriff auf den Haushalt dar.

Im Eigenbetrieb hat sich ein Nachtrag zum Sondervermögen ergeben. Die Beauftragung betrifft die Betonsanierung im Hallenbad. Eine Gefährdung der Terminkette oder des Gesamtbudgets ist nicht zu erwarten. Im nächsten Betriebsausschuss wird die Bestätigung per Beschluss nachgeholt.

Die Haushaltsreste 2020 für den Straßenunterhalt und Heimatpflegemittel werden in das Jahr 2021 übertragen.

Die Nutzungsentgelte für die Nutzung der Sportstätten gegenüber den Vereinen werden gestundet.

Stand Maßnahmen

Bibliothek

Aufgrund der sitzungslosen Zeit konnte über den Stand einiger Maßnahmen nicht informiert werden. Herr Risch erläutert zur Bibliothek, dass die HTWK Leipzig prüft, ob die Übernahme der ursprünglichen Planung für das Novalis Hinterhaus genutzt werden kann. Damit soll verhindert werden, dass die bereits aufgelaufenen Planungskosten für das Hinterhaus in Höhe von 500 T€ verloren gehen.

Gloria

Für das Gloria gibt es verschiedene Ideen, auch aus Reihen der Bevölkerung und des Stadtrates. Beispielhaft ist hier ein Stadtarchiv, Bibliothek, Kino oder Kletterhalle mit Event-Ort zu nennen. Für letzteres liegt eine Masterarbeit vor, welche per Urheberrechtsvertrag der Stadt zu Eigen gemacht werden soll.

Tagewerbener Straße 1

Der Erwerb des Grundstückes Tagewerbener Straße 1 ist nicht vollendet. Aufgrund des vorliegenden Antrages zur Nutzung des Gebäudes als vorübergehende Polizeiwache während der Brückensperrung, ist das Innenministerium angefragt. Sollte es zur Umsetzung kommen, ist der ursprüngliche Stadtratsbeschluss zum Objekt aufzuheben.

Schloss Neu- Augustusburg

Derzeit wird die Raumaufteilung mit der Landesbehörde ALFF abgestimmt. Dabei wird deutlich, dass ein erheblicher Bedarf an Lagerflächen benötigt wird.

Stadtarchiv

Die InfraLeuna hat der Stadt Archivräume auf deren Gelände angeboten. Neben genügend Platz steht Technik zur Archivierung zur Verfügung. Damit könnte kurzfristig zumindest eine Teilentlastung im Archiv erreicht werden. Die Verwaltung prüft das Angebot.

Konflikt- und Situationsanalyse durch den VfB Salzwedel e.V.

Die Analyse ist erarbeitet und soll den Stadträten zeitnah vorgestellt werden. Es ist noch festzulegen in welchem Format dies erfolgt (Präsenzsitzung, Videokonferenz etc.). Die Fraktionsvorsitzenden werden sich dazu abstimmen.

Vorberatung

Die Ausschreibung zur Vergabe der Wasserkonzession in den Ortsteilen muss beschlossen werden. Es ist zu beraten, ob dies auch ohne Vorberatung im Hauptausschuss erfolgen kann. Auch hierzu werden sich die Fraktionsvorsitzenden verständigen.

Ortsteil Großkorbetha

Nach Eingabe einiger Anwohner zum Bebauungsplan Nr. 4 in Großkorbetha fand ein Treffen mit dem Investor statt. Es ist geplant in diesem Jahr 4 Doppelhäuser zu errichten.

In der letzten Sitzung des Ortschaftsrates wurde deutlich, dass der Fluglärm vom Flughafen Leipzig auch dort Thema ist. Es wurde hinterfragt, weshalb keine Beteiligung der Kommune zur Erweiterung der Flugkapazitäten erfolgte. Die Verwaltung wird dies grundsätzlich hinterfragen. Der Ortsteil ist durch die Lage an der A9, A38 und Güterbahnhof generell oft von Lärmbelastungen betroffen.

Herr Riemer merkt zum Erwerb des Urheberrechtes der Masterarbeit an, dass durch die von der Stadt zur Verfügung gestellten Unterlagen und Zugang zum Gebäude eine Vereinbarung zur Nutzung der Arbeit vereinbart werden kann. Dies wurde augenscheinlich versäumt. Es ist schwierig nun Geld dafür auszugeben, obwohl nicht sicher ist, ob dieses Projekt zur Umsetzung kommt. Es ist zunächst in den Ausschüssen festzulegen, welche Nutzung favorisiert wird. Herr Risch erklärt, dass dieser Teil der Arbeit richtigerweise durch uns nutzbar ist. Jedoch wurde sich in der Arbeit auch zusätzlich Architekten und Statikern bedient. Der Oberbürgermeister regt eine Öffentlichkeitsbeteiligung an.

Herr Klitzschmüller ergänzt zur Bibliothek, dass nicht nur das Hinterhaus sondern das gesamte Areal Novalishaus zu betrachten ist.

Herr Brückner regt eine komplexere Darstellung der Corona-Zahlen an. Es ist wichtig zu erfahren wo die Infektionen stattfinden und an welcher Stelle die Bürger vorsichtiger sein müssten. Die Sensibilisierung der Bürger könnte sich dadurch verbessern.

Herr Risch führt aus, dass der Landkreis die Zahlen erhebt und diese nur gering gestreut werden. Weitere Aufschlüsselungen sind wünschenswert, jedoch nicht erfolgt.

Herr Walther spricht sich gegen Hybridsitzungen aus und verweist auf die Ausnahmen für die Gremienarbeit. Solange die großen Fabriken mit mehreren Tausend Mitarbeitern offen bleiben, sieht er eine Einschränkung der Gremienarbeit nicht. Weiter ist fraglich, ob Hybridsitzungen rechtlich Bestand hätten.

Herr Freiwald führt aus, dass bis zur Ausstattung mit der richtigen Technik die Sitzungen bis mindestens Juni und solange die Bereitschaft der Stadträte dazu vorliegt im Kulturhaus stattfinden. Über ein anderes Format für kleinere Ausschüsse kann hingegen nachgedacht werden.

Herr Papke hätte sich zur Tagewerbener Straße 1 mehr Transparenz gewünscht. Er ist davon ausgegangen, dass der Stadtrat in solchen Fällen informiert wird.

6. Informationen zum Haushalt 2021

Herr Risch führt zur Haushaltsplanung 2021 ein. Zum Stellenplan und Details zu Einzelmaßnahmen wird in den entsprechenden Ausschüssen informiert.

Als steuerstarke Kommune ist Weißenfels stark von den Steuerschwankungen betroffen. Für das Haushaltsjahr 2021 sind die Einnahmen zur Gewerbesteuer ungewiss.

Mit bereits genehmigten Kreditaufnahmen aus dem Haushaltsjahr 2020 werden Maßnahmen wie Neubau Kita Uichteritz, Kita Langendorf und die Fertigstellung der Grundschulen voran gebracht. Weitere Schwerpunkte sind die Sanierung vom Schloss Neu-Augustusburg und der Ausbau der Radwege. Die Position zum Ausbau der Radwege ist bisher nicht mit Einzelmaßnahmen untersetzt. Dazu müssen im Ausschuss Entscheidungen getroffen werden.

Herr Schicke erläutert, dass zwischen den ersten avisierten Sitzungen zum Haushalt eine Fortschreibung der Haushaltsplanung erfolgte. Veränderungen zum ersten Zahlenwerk ist ein geringes Plus im Ergebnisplan von 11T€. Für die Schlüsselzuweisungen FAG müssen Daten vom 30.09.2020 herangezogen werden, hierfür sind keine aktuellen Daten bekannt.

Im Tiefbau ist unter anderem wie in den Vorjahren der Ausbau der barrierefreien Haltestellen geplant sowie eine Sanierung der Pfennigbrücke in Höhe von ca. 400T€.

Durch die Mehreinnahmen in der Gewerbesteuer erhöht sich der Anteil an der Gewerbesteuerumlage. Ebenso erhöht sich der Anteil an der Kreisumlage, welche sich in den Folgejahren problematisch darstellt.

Das Finanzausgleichsgesetz wird aktuell neu beraten und soll von April 2021 bis 2025 gelten.

Herr Riemer fühlt sich in der Meinung der Fraktion CDU-FDP-BfG bestätigt, dass im vergangenen Jahr keiner Steuererhöhung zugestimmt wurde. Es wird angefragt, ob bei Maßnahme Nr. 40 „Vergütung Beauftragter – Lebendige Zentren“ ein VOL-Verfahren angedacht ist und wie die Beteiligung der Stadträte erfolgen wird. Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Herr Walther bezeichnet den vorgelegten Haushaltsplan als Dokument des Scheiterns, da es vor allem in den nächsten Jahren zu einer immensen Verschuldung kommt. Der Ausgleich im Jahr 2021 ist nur durch Steuerzahlungen der Firma Tönnies möglich.

Zu den Maßnahmen Nr. 43 und Nr. 44 wird eine Erläuterung gefordert.

Herr Risch erklärt, dass die Mittel unter Nr. 43 (Mittel aus dem gerichtlichen Vergleich) nur als Platzhalter dienen. Es soll zunächst eine Haushaltssperre dazu ausgesprochen werden und die Mittel nur mit Beschluss des Stadtrates verwendet werden.

Die Maßnahme Nr. 44 Baukostenzuschuss AöR ist die Fortsetzung im Kanalbau und die Fertigstellung der Regenüberlaufbecken.

Die mittelfristige Planung ist vergleichbar mit den Vorjahren. Das drohende Szenario muss durch Bildung von Rücklagen und gegebenenfalls Verschieben von Maßnahmen abgedeckt werden.

Einer Aussage von Stadtrat Herrn Walther, dass lediglich die Straße „Am Güterbahnhof“ und die Rampen an der B91 für die Firma Tönnies errichtet werden, widerspricht Herr Reichel. Die mittelfristige Investitionsplanung bedient eine große Bandbreite, auch in den Ortsteilen. Positiv ist zu bewerten, dass kein Haushaltskonsolidierungskonzept benötigt wird. Bezüglich dem Wegfall der Straßenausbaubeiträge ist in naher Zukunft eine Prioritätenliste zur Sanierung von Straßen zu erstellen.

Herr Risch erläutert, dass mehrere Kommunen wie Weißenfels verfahren haben und in den letzten Jahren keine Maßnahmen mit Ausbaubeiträgen begonnen wurden. Dementsprechend gering ist die Meldung der benötigten Mittel beim Land. Die bereitgestellten Mittel werden für die notwendigen Investitionen kaum auskömmlich sein.

Frau Ramona Spiegelberg möchte wissen, weshalb neben einem Kulturamtsleiter ein Citymanager benötigt wird.

Der Citymanager ist keine neue Stelle oder Person. Die Aufgaben wurden bisher im Rahmen der Wirtschaftsförderung erledigt, erklärt Herr Risch.

Herr Walther erwähnt seinen Dringlichkeitsantrag zum Wegfall der Straßenausbaubeiträge in den Vorjahren und die mehrfach angesprochene Festlegung einer Prioritätenliste.

Herr Freiwald bezieht Stellung, dass der Antrag in der Verwaltung bekannt ist. Nach Vorliegen einer Stellungnahme durch die Verwaltung wird der Antrag in einer der nächsten Sitzungen beraten.

Herr Klitzschmüller berichtet Herrn Risch, dass der Antrag zum Aussetzen von Straßenbaumaßnahmen bis zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge kein Beschluss der Fraktion DIE LINKE sondern ein Stadtratsbeschluss war. In Bezug auf die Straße „Am Güterbahnhof“ hätte eine Ausnahmeregelung getroffen werden können.

Der Ausbau der Straße „Am Güterbahnhof“ war mit Straßenausbaubeiträge geplant und den Stadträten auch so bekannt, stellt Herr Risch klar.

7. Beteiligungsbericht der Stadt Weißenfels für das Geschäftsjahr 2019

(ab jetzt abwesend Hr. Brückner – 36 Stadträte)

Herr Walther fragt entsprechend des Wahlversprechens des Oberbürgermeisters nach dem Stand zum Einbau einer Anlage zur Enthärtung des schlechten Trinkwassers in Weißenfels. Herr Freiwald widerspricht der Aussage zum schlechten Trinkwasser vehement. In Weißenfels gibt es härteres Wasser, aber kein schlechtes.

Herr Risch führt aus, dass laut Stadtratsbeschluss diese Thematik in der Gesellschafterversammlung vorgetragen werden sollte. Bereits in Vorgesprächen wird deutlich, dass sich eine Vielzahl der Firmen bereits eigene Enthärtungsanlagen eingebaut haben. Bei einer Umstellung besteht die Gefahr von Ablösungen in den Rohrsystemen. Es wird kein unmittelbarer Bedarf gesehen, da die Wasserqualität in Weißenfels gut ist.

8. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 36 "Photovoltaikanlage im Kiestagebau Lösau" Gemarkung Borau - Beschluss über den 2. Entwurf, die öffentliche Beteiligung und Trägerbeteiligung

Herr Papke merkt an, dass es auch in der Fraktion unterschiedliche Meinungen zur Errichtung von Photovoltaikanlagen gibt. Er regt eine Grundsatzdiskussion zu dieser Thematik an. Die zukünftigen Standorte sollten dabei genau betrachtet werden, um die Anlagen nicht auf Naturflächen zu errichten.

Frau Ramona Spiegelberg möchte wissen, ob zum Zeitpunkt der Errichtung der Anlage über eine Rückgabe an die Landwirtschaft nachgedacht wurde.

Herr Risch erläutert, dass es im Jahr 2014 keinen Handlungsbedarf dazu gab.

Herr Walther lobt, dass die Artenschutzrechtliche Prüfung sehr umfangreich erfolgte und wünscht sich diese Vorgehensweise für alle Bebauungspläne.

Herr Wehler bittet um Auskunft, welche Kapazität mit der Anlage erreicht wird.

Dies kann man nicht beantworten, meint Herr Risch. Dabei kommt es auf die genutzte Technik an, welche erst in der Ausschreibung festgelegt wird.

Weiter möchte Herr Wehler wissen, wie hoch die Gewerbesteuer ausfallen wird.

Auch dies hängt von der Nutzung der Anlage, genutzten Abschreibungen und vielem mehr ab, informiert Herr Risch.

Der Ortschaftsrat Borau hat in seiner Anhörung den Vorschlag um einen weiteren Punkt ergänzt. Der Stadtrat folgt dieser Ergänzung.

Beschluss-Nr. SR 182-18/2021

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt,

1. den in der Anlage beigefügten städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt Weißenfels und der SEW Solarenergie Weißenfels GmbH & Co. KG zur Übernahme der Planungsleistungen für die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 36 „Photovoltaikanlage im Kiestagebau Lösau“ der Stadt Weißenfels.
2. den 2. Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 36 „Photovoltaikanlage im Kiestagebau Lösau“ in der Gemarkung Borau bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), den textlichen Festsetzungen (Teil B) und dem Grünordnungsplan (Teil C) in der Fassung November 2020. Die Begründung einschließlich Umweltbericht wird gebilligt. Die Öffentlichkeit und die berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.
3. Im Zuge des weiteren Planungsprozesses ist zu prüfen, ob Ausgleichsmaßnahmen durch die Neuanpflanzung von Büschen und Bäumen in räumlichen Zusammenhang der

Photovoltaikanlage rechtlich zulässig sind. Ist dies der Fall, so fordert der Ortschaftsrat Borau, entsprechende Neuanpflanzungen in angemessenen Umfang in den Bebauungsplan mit aufzunehmen.

Abstimmung: dafür: 26 dagegen: 6 Enthaltung: 4

Nach einiger 15-minütigen Pause zum Lüften der Räumlichkeiten wird die Sitzung fortgeführt.

9. Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Weißenfels GmbH

(ab jetzt abwesend Fr. Schulze, Hr. Sachse – 34 Stadträte)

Herr Mämecke führt aus, dass der Gesellschaftsvertrag komplett überarbeitet wurde. Dabei wurden die Durchführung von Videokonferenzen, ein erleichtertes Verfahren zur Ladung und die Bestätigung der Aufsichtsratsmitglieder durch die Gesellschafter aufgenommen.

Herr Walther fragt an, weshalb die Chance nicht genutzt wurde um die Anteile für die Stadt Weißenfels zu erhöhen.

Herr Risch erklärt, dass es bei der Neufassung nicht um die Neuverteilung der Gesellschafteranteile ging. Dies wäre im Übrigen auch nicht Mehrheitsfähig und sehr teuer für die Stadt. Auf die Nachfrage zur Höhe der Auslagenpauschale nach § 13 im Gesellschaftsvertrag wird Herr Risch im nicht öffentlichen Teil antworten.

Beschluss-Nr. SR 183-18/2021

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt:

1. Die Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Weißenfels GmbH entsprechend der **Anlage 1**.
2. Der Oberbürgermeister als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin Stadt Weißenfels wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Weißenfels GmbH dieser Neufassung des Gesellschaftsvertrages zuzustimmen.

Abstimmung: dafür: 32 dagegen: 0 Enthaltung: 2

10. Beantwortung von Anfragen

Folgende Antworten der Verwaltung liegen schriftlich vor:

- Nachfrage, Weißenfels auf den Weg zur klimafreundlichen Stadt
- Errichtung Lichtsignalanlage Georgenberg
- Vorhaben Novalisbrunnen
- Einsätze Feuerwehr
- Schuldenhöhe Haushaltsjahr 2021
- Planfeststellungsverfahren DB Netz AG OT Großkorbetha und Burgwerben
- Vorprüfung des Artenschutzes nach § 44 des Bundesnaturschutzgesetzes im Rahmen von privaten und gewerblichen Abrissanzeigen und Bauanträgen
- Durchführung einer Artenschutzrechtlichen Prüfung für Bauvorhaben Straße „Am Güterbahnhof“ 1.BA
- Sportplatz Selauer Straße

Herr Papke kritisiert, dass hingegen des Stadtratsbeschlusses der Novalisbrunnen nicht erhalten wurde. Es erfolgte keinerlei Information an die Stadträte. Die Begründung kann nicht akzeptiert werden. Der Novalisbrunnen hat sich gut in das Gesamtensemble eingefügt und wäre auch im Hinblick auf die steigenden Temperaturen im Sommer zum Vorteil. Herr Papke beantragt Einsichtnahme in die Ausschreibungs- und Leistungsverzeichnisse der Maßnahmen. Die Unterlagen sind im Stadtentwicklungsausschuss vorzustellen.

Herr Risch bezieht sich auf die Artenschutzrechtliche Prüfung bei der Straße „Am Güterbahnhof“. Die Stadt Weißenfels wird allen Vorgaben Rechnung tragen, weist aber auch daraufhin, dass eine gerichtliche Prüfung des Vorhabens ein Jahr Bauverzug bedeuten kann. Die Schnittstelle kann dann nicht rechtzeitig vor Sperrung der Großen Brücken fertiggestellt werden. Laut Herrn Walther ist das Bauvorhaben seit 7 Jahren bekannt und die artenschutzrechtliche Prüfung hätte längst vorliegen können.

Zur Prüfung aller Stadtratsbeschlüsse auf Klimaauswirkungen informiert Herr Risch, dass es einer Abstimmung mit den Fraktionsvorsitzenden bedarf. Dem ungeachtet wird im Stellenplan eine Stelle zum Thema Klimaschutz ausgewiesen und der Stadtplanung zu geordnet.

11. Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen Stadtratsvorsitzender:

- Bitte E-Mails und Updates regelmäßig durchführen
- Der nächste Stadtrat findet am 18.03.2021 statt.
- Im April wird mit der Beratung der Anträge fortgefahren.
- Dank an den OB für die wöchentlichen Telefonkonferenzen zur aktuellen Lage.
- Es wird eine Videokonferenz mit der Partnerstadt Kornwestheim geplant. Dabei soll über die weitere Zusammenarbeit in Zeiten von Corona beraten werden. Ideen dazu können gern an den Stadtratsvorsitzenden herangetragen werden.

Frau Föhre trägt eine umfangreiche Anfrage zu Spielplätzen im Stadtgebiet vor und reicht diese schriftlich nach.

Weiter bittet Sie darum für die Helfer im Winterdienst einen geeigneten Dank zu finden, beispielsweise freier Eintritt Schlossfest.

Ende der öffentlichen Sitzung.

Jörg Freiwald
Stadtratsvorsitzender

Anja Bechmann
Protokollführerin

Öffentlicher Teil

Öffentlicher Teil

12. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Die Öffentlichkeit wird wieder hergestellt. Es waren keine Einwohner mehr anwesend.

13. Schließung der Sitzung

Der Stadtratsvorsitzende schließt die Sitzung.

Jörg Freiwald
Vorsitzender

Anja Bechmann
Protokollführerin